

Elbe-Resolution gescheitert

Elbe-
Jeetz-
Zeitung

Wassertiefe von 1,60 Meter: Kreistag blieb im Grundsatz gespalten – Gruppe X ohne eigene Mehrheit

16.6.2010

fk Schnega. Fragen der parteipolitischen Grundausrichtung bestimmten – wie häufig – den Streit in der Kreistagssitzung am Montag im Schnegaer Dörfergemeinschaftshaus. Entscheidungen zu praktischen Kreisangelegenheiten wurden ohne Dissens abgewickelt. Mit Hingabe stritten die Kreistagsabgeordneten auf Antrag der GLW dagegen über ein Thema, bei dem sie lediglich ihre Überzeugung zu Protokoll geben können: die Elbe. Eine mögliche gemeinsame Resolution kam nicht zustande.

Wie schon im Naturschutzausschuss brachte GLW-Vertreter Hermann Klepper den Beschlussvorschlag ein. Danach sollte sich der Kreistag gegen den Ausbau der Elbe auf eine Wassertiefe von 1,60 Meter aussprechen. CDU-Vertreter Christian Carmienke sprach dagegen. Sowohl für den Tourismus als auch für den Gütertransport des Hamburger Hafens sei eine Wassertiefe von 1,60 Meter notwendig.

Was diese Tiefe bedeutet, darüber gingen die Ansichten weit auseinander. Der BUND bezweifle, dass 1,60 Meter ohne größere Ausbaumaßnahmen möglich seien, meinte Grünen-Sprecherin Elke Mundhenk. Auch Klaus-Peter Dehde (SPD) sprach von Staustufen, die nötig wären. Günter Nemetschek (UWG) hält die Vorgabe von 1,60 Meter Wassertiefe für einen Verstoß gegen die europäische Wasserrahmenrichtlinie. Und Boris von dem Bussche (FDP) schloss sich dem Gruppenkonsens mit dem Hinweis auf

Eine Resolution gegen einen möglichen Ausbau der Elbe auf eine Wassertiefe von 1,60 Meter kam im Kreistag nicht zustande.

Archivaufn.:
Ch. Beyer



Grundwasserabsenkungen an.

Das Wasser- und Schifffahrtsamt in Lauenburg, von der EJZ zu möglichen Ausbaumaßnahmen befragt, erklärt allerdings, es gebe sie nicht. Weder lägen Planungen noch gar Bauanträge oder Genehmigungsverfahren im Bereich des Amtes vor. Allerdings sollten die Buhnen flussabwärts von Dömitz wieder funktionsfähig instand gesetzt werden, auf einer Strecke von 13 Kilometern. Das würde dem Zustand des Flusses oberhalb von Dömitz und unterhalb von Tießkau entsprechen.

Auf dieser Basis versuchte Klaus Wojahn (CDU) einen Kompromiss für eine gemeinsame Kreistagsresolution vorzu-

schlagen. Die CDU würde die Ablehnung eines generellen Ausbaues der Elbe mittragen. Dafür sollte die Gruppe X die geplante „Stabilisierung“ des Elbeabschnittes zwischen Dömitz und Tießkau akzeptieren. Dieser Anlauf endete jedoch in der grundsätzlichen Ablehnung. Allerdings schlossen sich nicht alle Mitglieder der Gruppe X der GLW-Resolution an. Der Kreistag lehnte sie mit 19 zu zwölf Stimmen ab.

Knapper, aber immer noch mit einer Stimme weniger, unterlag ein weiterer Antrag aus den Reihen der Gruppe X. Martina Lammers hatte für die Grünen einen Dringlichkeitsantrag gestellt. Der Flüchtlingsrat sollte

im Kreistag zu der Abschiebung eines in Deutschland aufgewachsenen Flüchtlings in das Kosovo Stellung nehmen können. Der Kreistag lehnte dieses Ansinnen mit 18 gegen 17 Stimmen ab. Allerdings erhielt ein Vertreter des Flüchtlingsrates in einer Sitzungsunterbrechung die Möglichkeit, sich zu der Abschiebung vor einigen Wochen zu äußern.

Er bezweifelte die Rechtmäßigkeit des Vorgehens. Die Kreisverwaltung begründete dagegen die Festnahme ohne Ankündigung mit einschlägigen Erfahrungen. Außerdem sei der mehrfach vorbestrafte Flüchtling wiederholt zum Verlassen des Landes aufgefordert wor-

den. Elke Mundhenk (Grüne) verwies auf eine frühere Kreistagsresolution. In der hatte auch die CDU zugestimmt, derzeit niemanden in das Kosovo abzuschicken. Landrat Jürgen Schulz (parteilos) erklärte Resolutionen für die Verwaltung als nicht bindend. Sie betrafen lediglich die Politik. Die Verwaltung sei dagegen zur Einhaltung des geltenden Rechts verpflichtet.

Während der Einwohnerfragestunde meinte eine Flüchtlingsfrau: „Im Kosovo sagt uns die Regierung dort, wo wir Roma leben sollen, in Deutschland die deutsche Regierung. Warum können wir Roma nicht selbst bestimmen, wo wir leben wollen?“